

Punkt 17: Zweite Beratung über Kap. 68 — Staatstheater — des ordentlichen Staatshaushaltplans für das Rechnungsjahr 1929. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 157).

Der Antrag Nr. 157 lautet:
(Die Winkelschraube ist durch **■** besondert bezeichnet.)

Der Landtag wolle beschließen:

1. die Einstellungen bei Kap. 68 des ordentlichen Staatshaushaltplans für 1929 nach der Vorlage Nr. 1 zu genehmigen;
2. die Regierung zu ersuchen, bis auf weiteres einer Erhöhung der Eintrittspreise nicht zuzustimmen, wohl aber die Einrichtung sogenannter „Volksvorstellungen“ mit niedrigen Eintrittspreisen zu erwägen;
3. den Besoldungssatz der musikalischen Kapelle übersichtlich und einheitlicher zu gestalten;
4. im Spielplan der Oper und des Schauspielhauses während die Werke deutscher Komponisten und Dichter zu berücksichtigen. Den Werken der Klassiker ist eine planmäßige Pflege zu widmen;
5. vom Generalmusikdirektor für die nächste Spielzeit die Aufführung des geschlossenen Wagner-Jahrs zu fordern;
6. zur Anregung des Schaffens der jungen Generation 50.000 RM. für zehn Preise à 5000 RM. in den Etat einzustellen;
7. **■** a) dieser sächsische Staatsliteraturpreis kann nur an Deutsche fallen,
b) das Vorschlagsrecht folgenden Dichtern beziehungsweise Komponisten zu übertragen: Karl Schönherr, Hans Jost, Ernst Jünger, Adolf Bartels, Erwin Kolbenheyer, Wilhelm Kure, Richard Strauss, Siegfried Wagner, Hans Hübner, Kurt Striegler;
8. **■** das Gehalt des Generalintendanten Dr. Neuder abzulehnen;
9. **■** an Stelle des verstorbenen Geheimrates Heyn einen Fachmann mit dem Dezerat der Staatstheater, einen weiteren Fachmann mit dem Dezerat der Museen und weiteren Kunstankalten zu betrauen. Dem Dezerenten für die Staatstheater, der allein zum Abschluß von Verträgen, zur Annahme von Stücken berechtigt sein soll, sind der Generalmusikdirektor für die Oper, der Direktor des Schauspielhauses für das Schauspielhaus verantwortlich;
10. **■** die Stelle des Generalintendanten ist einzuspargen;
11. **■** den Generalmusikdirektor zu verpflichten, seine gesamte Zeit einzig der Staatsoper zu schenken und jeden Urlaub mit Ausnahme der Sommerferien zu streichen;
12. **■** den Posten des Dramaturgen Dr. Wolf einzuspargen;
13. **■** den Generalmusikdirektor zu verpflichten, das Ensemble des Opernhauses bergestellt zu vergrößern, daß eine Heranziehung von Gästen zur Durchführung des Spielplans unterbleiben kann;
14. **■** ausländische Gäste oder solche, die keinen Wert auf ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum legen, überhaupt nicht zu verpflichten;
15. **■** die Löhne des technischen Personals an die Löhne der Gemeindegewerkschaft anzugleichen;
16. **■** die Gehälter und Löhne, respektive Spiegelder für Chor und Chorsänger und Statisten sowie der Handwerker, Feuerwachebeamten, Hausmeister, Kapellgehilfen, Bühnenwarte, Amtsgehilfen und Pförtner sind dem tatsächlichen Lebenshaltungsindex anzupassen;
17. **■** es ist nach § 15 der Geschäftsordnung des Landtags ein Ausschuß, ähnlich wie er bei andern Staatsbetrieben beziehentlich Unternehmen besteht, einzusetzen. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, die Kunst- und Personalpolitik sowie den Geschäftsbetrieb der Staatstheater zu fördern und zu überwachen.

Sindermann, Siegel, Frau Rischwitz.

Ver. **Erst. Abg. Siegert** (Dnat.): Die Beratungen über Kap. 68, Staatstheater, beanspruchten im Ausschuß eine sehr lange Zeit. Als Berichterstatter habe ich mich an die Reihenfolge der Gattitel angelehnt und im Zusammenhang mit einzelnen Punkten Fragen gestellt und auch kritische Ausführungen dazu gemacht.

Bei dem Tit. 1 der Einnahmen habe ich der Klage weiter Kreise über die Erhöhung der Eintrittspreise Ausdruck gegeben. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß diejenigen, die einem der Volksbühnenvereine nicht angehören, sich mit Recht benachteiligt fühlen gegenüber den Mitgliedern solcher Vereine, die zu sehr billigen Preisen Eintritt haben. Die geschlossenen Vorstellungen für diese Vereine, gegen die ich Bedenken erhob, sind allerdings, wie ich mir habe sagen lassen, vertraglich vereinbart. Die letzte Erhöhung der Preise ist verbunden gewesen mit dem Wegfall der Vorverkaufsgeldern. Diese Maßnahme hat sich, wie versichert worden ist, als erfolgreich erwiesen. Aus diesen Erwägungen und Beratungen ging mein Antrag auf Drucksache Nr. 157 unter 2 hervor.

Unter den Ausgabe-posten gab mir der Tit. 4, Dienstbezüge, Gelegenheit zu verschiedenen Fragen, wie auch Gelegenheit zu einem Vergleich mit entsprechenden Zahlen aus dem Jahre 1913, also aus der Vorkriegszeit. Dieser Posten hat sich darnach verdoppelt. Da nun die Besoldung der Mitglieder der musikalischen Kapelle, deren künstlerischen Leistungen von allen Seiten höchste Anerkennung gezollt wurde, in verschiedenen Titeln verbucht ist, habe ich beantragt, den Besoldungssatz der musikalischen Kapelle übersichtlich und einheitlicher zu gestalten. Das ist der Antrag 3 auf Drucksache Nr. 157. Dieser Antrag bezweckt lediglich eine eintechische Maßnahme, nicht aber irgendeine Änderung der Besoldungsordnung für die musikalische Kapelle.

Aber den Tit. 8, Bezüge der künstlerischen Vorstände und Einzelkräfte, ist sehr eingehend verhandelt worden. Auch dieser Titel hat sich seit dem Jahre 1913 mehr als verdoppelt. Fragen über die

einzelnen Wagen und ihre Spanne, wie die über die Ensemblegagen wurden gestellt und zum Teil beantwortet. Das Verwaltungskollegium für die Staatstheater hat schon am Anfang dieses Jahres sich dahin ausgesprochen, daß die Gagenverhältnisse aus sachlichen und formalen Gründen streng vertraulich behandelt werden müssen. Die Frage der Freistartenvergütung ist für die einzelnen Künstler individuell geregelt, da sie ganz wesentlich von der Häufigkeit des Auftretens und dem Umfang der jeweiligen Partie abhängt. Die Erhöhung des Tit. 8 um 74680 RM. wurde mit dem Abschluß neuer Verträge mit einzelnen Künstlern und der 10prozentigen Steigerung der Bezüge für Chor und Ballett begründet.

Das Kapitel der Gastspiele an der Oper, die in der letzten Spielzeit von 84 Gästen an 535 Abenden gegeben wurden, löste eine eingehende kritische Beratung aus. Ihre Notwendigkeit, besonders in erstausgeführten oder neu einstudierten Opern, wurde von mir und anderen Rednern bezweifelt. Bei der von allen Seiten anerkannten Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitglieder des einheimischen Ensembles müßte es, so wurde gesagt, möglich sein, zu der früher bewährten Tradition eines Schuch zurückzukehren, nämlich ein hohes Durchschnittsniveau der Leistungen aus eigenen Kräften unserer Staatstheater sicherzustellen. Ganz besonders wurde der Fall Maxenauer, der sich jüngst abgespielt hat, kritisch beleuchtet. Der Herr Generalintendant sprach hierzu sein Bedauern über diese Vorkommnisse aus und rechtfertigte im übrigen in ausführlichen Darlegungen die Notwendigkeit der vielen Gastspiele.

An den Tit. 16 habe ich ausführliche Erörterungen über den Spielplan, besonders auch über Erkaufleistungen in der Oper und Schauspiel angeknüpft. Mein hierauf bezüglicher Antrag Nr. 4 Drucksache Nr. 157 wurde auch von der Mehrheit angenommen.

In Bezug auf das Schauspiel möchte ich nicht verfehlen zu berichten, daß ich zwar erhebliche Bedenken gegen die Auswahl der aufgeführten Werke ausgesprochen habe, daß aber andererseits einmütig von allen Rednern die ganz hervorragenden, glänzenden Leistungen des Schauspielensembles anerkannt wurden. Über Einzelfragen, die von mir und verschiedenen Seiten gestellt und von der Generalintendant meistens beantwortet wurden, kann ich hier sächlich hinweggehen.

Daß der Einzelfall der Entlassung eines sehr bekannten Künstlers der Oper noch einmal diskutiert wurde, lag darin begründet, daß ein Brief des Herrn Dr. Richard Strauß ein neues Moment zur Beurteilung dieses Falles beigetragen hat, so daß noch eine Klärung angestrebt werden muß.

Zu der Aussprache betonte der sozialdemokratische Redner die internationale Seite der Kunst und verlangte die Erfüllung sozialpolitischer Forderungen für die technischen Kräfte.

Der nationalsozialistische Vertreter stellte und begründete eine Anzahl von Anträgen, über die er wohl, wie ich annehme, nachher selbst noch sprechen wird.

Der Redner der Demokratischen Partei nahm zwar in Einzelheiten eine zum Teil von dem Berichterstatter abweichende Stellung ein, pflichtete ihm aber darin bei, daß die Umstellung der Organisation der Staatstheater dringend notwendig sei.

Der Herr Volksbildungsminister äußerte sich außer zur Frage der Umorganisation noch besonders zur Gastspielreise der Oper nach Genf, die nunmehr, wie er uns mitteilte, auf seine Anordnung im Herbst erfolgen werde.

In ausführlichen Darlegungen äußerten sich der Herr Generalintendant und sein Stellvertreter zu den im Bericht und in der Aussprache aufgeworfenen künstlerischen und technischen Fragen.

Der volksparteiliche Redner empfahl einige Abänderungen in den Anträgen des Berichterstatters. Das Ergebnis der Abstimmung liegt in der Drucksache Nr. 157 vor. Ich habe als Berichterstatter die Annahme der Mehrheitsanträge und insbesondere die Zustimmung zu den Einstellungen des Kap. 68 nach der Vorlage zu empfehlen.

Als deutschnationaler Fraktionsredner möchte ich folgendes sagen: Unsere grundsätzliche Einstellung ist aus den Verhandlungen der Vorjahre bekannt genug. Wir halten eine Umorganisation der Verwaltung der Staatstheater für dringend notwendig. Wir haben diese Überzeugung aus den bisherigen Erfahrungen gewonnen. Ich weise immer nur wieder auf das eine hin: Wir fordern vor allem eine ganz klare und scharfe Abgrenzung der Zuständigkeiten aller beteiligten Stellen und Instanzen. Das gilt für alle die internen Gebiete, wo das jetzige Durcheinander, Gegeneinander- und Nebeneinanderfließen der Kompetenzen bei den Staatstheatern so vieles außerordentlich kompliziert und unübersichtlich erscheinen läßt, z. B. bezüglich der Auswahl neuer Stücke, der Aufstellung des Spielplans, der Vertragsabschlüsse, der Festsetzung der Gage, des Abschlusses neuer Verträge. Nach den jetzigen Organisationsbestimmungen hat wohl für alle diese Dinge, die ich eben genannt habe, und für andere mehr der Herr Generalintendant die letzte Verantwortung, und er nimmt, wie er betont und immer wieder betont hat, diese Verantwortung auch auf sich. Aber ich glaube nicht, daß ihm dieser Entschluß zur Verantwortung aller dieser Dinge immer sehr leicht fallen wird.

Zur Beleuchtung dieser unserer Forderungen zitiere ich aus meinen vorjährigen Ausführungen bloß den einen Satz:

Was wir wollen, ist eine starke, aber wirklich starke leitende Hand gegenüber allen den verschiedenen größeren und kleineren Majestäten in der Oper und im Schauspielhaus, all diesen sichtbaren und unsichtbaren Mächten gegenüber, die nur zu gern unter einer zu lockeren Führung überall, verantwortlich oder nicht verantwortlich, hineinreden und die Dinge nach ihrem Willen

— meist finanziell sehr großzügig —, der bekanntlich bei künstlerischen Persönlichkeiten sehr unberechenbar und unbrechbar ist, gestalten wollen. An dieser Stelle hängt aber die organisatorische Frage aufs engste zusammen auch mit der künstlerischen. Was wir hier fordern, ist auch oft genau von uns gefaßt

worden: Keine Überspannung des sogenannten Leiber nicht mehr ganz vermeidlichen Star-Systems auf Kosten des Ensembles. Ich wiederhole auch hier aus meinen vorjährigen Ausführungen:

Man soll nicht den Spielplan, man soll nicht die künstlerischen Leistungen, man soll auch vor allen Dingen nicht den Vegenetat auf diese wenigen Prominenten allein zuschneiden; man soll nicht auf einige sensationelle und reklamehaften Spitzenleistungen alle Kräfte konzentrieren,

vollends dann nicht, wenn man sie nur mit fremden Kräften bringen kann, sondern man soll den Hauptwert legen auf ein hervorragendes Durchschnittsniveau der Aufführungen durch das einheimische Ensemble. Das aber wird meines Erachtens nur möglich sein durch eine intensive Pflege und Kultur aller Kräfte, die an der Oper beschäftigt sind, der Solisten, des Chors und der Kapelle und des ganzen technischen Apparates, also im Sinne der völligen Hingabe an das gesamte Kunstwerk im Geiste Richard Wagners. Wenn jetzt in den letzten Wochen, glaube ich, eine Wüste des früheren Generalmusikdirektors v. Schuch im Wandelgange der Oper aufgestellt worden ist, so hoffe ich, daß darin ein klares Bekenntnis zu dem Geiste dieses Schuch, und daß darin auch der Wille, in seinem Geiste die Oper und die Kunst im allgemeinen zu fördern und zu pflegen, ausgesprochen worden ist. (Sehr gut! b. d. Dnat.)

Aus diesen Erwägungen heraus war ein Antrag von mir entstanden, den ich aber dann zurückgezogen habe, da ich vom Herrn Minister die persönliche Erklärung erhielt, daß er nicht unfreundlich der darin ausgesprochenen Anregung gegenüberstehe. Der Grundgedanke meines Antrages war folgender, und an dem halte ich fest: Die Frage der Umorganisation muß in Angriff genommen werden. Das kann aber meines Erachtens nur von einer übergeordneten Stelle aus geschehen, bei der die größte und gründlichste Sachkenntnis gewährleistet ist. Die jetzt frei gewordene Referentenstelle im Volksbildungsministerium soll deshalb mit einem Herrn besetzt werden, der aufs beste vertraut ist mit dem Wesen des Theaters und der Staatstheater insbesondere, und er müßte betraut werden mit dem Auftrage, die Frage der Umorganisation grundsätzlich zu bearbeiten und diesbezügliche Vorschläge an die Regierung und den Landtag wegen der Durchführung dieser Umorganisation zu machen. Das ist der Vorschlag, den wir machen. Er hat, glaube ich, vor allem den Vorteil, daß er die Frage der Umorganisation aus der politischen, überhaupt aus jeder unjünglichen Atmosphäre herausnimmt und eben zunächst einmal in die Hände eines Fachmannes legt. Da sich der Herr Minister nicht ablehnend zu dem Grundgedanken stellt, habe ich die Hoffnung, daß damit die Sache selbst, die Sache der Umorganisation praktisch gefördert wird.

Aus diesen dargelegten Erwägungen heraus ist auch unsere ablehnende Stellung zu einzelnen Anträgen der Herren Nationalsozialisten erfolgt, weil sie zum Teil der von uns geforderten Umorganisation, die erst einmal grundsätzlich in Angriff genommen werden muß, weit vorausgreifen, zum Teil das Kind mit dem Bade ausschütten. Außerdem will ich die Herren Antragsteller von der Nationalsozialistischen Partei noch auf eins aufmerksam machen. Die jetzt geltende Organisation der Staatstheater sieht vor, daß eigentlich über die wichtigsten Fragen der sog. Verwaltungsausschuss entscheidet, der aus dem Volksbildungsminister, dem Finanzminister und dem Oberbürgermeister von Dresden besteht. Dieser Verwaltungsausschuss spielt tatsächlich eine ganz außerordentliche Rolle in Fragen, die sich unserer Beschlussfassung entziehen; das heißt, wir können Stellung nehmen, aber entscheidend ist doch der Verwaltungsausschuss, ihm steht das Recht zu, die obersten Stellen eines Generalintendanten, Generalmusikdirektors und Schauspielerektors von sich aus zu belegen, ganz abgesehen von anderen Einzelfragen, deren Entscheidung ihm auch zusteht. Also bei der jetzt gültigen Organisation werden einschneidende Beschlüsse des Landtages, wie sie von den Nationalsozialisten beantragt werden, von nicht allzutroter Wirkung sein. Deshalb müssen wir erst einmal grundsätzlich an die Umorganisation selbst herantreten und darum den Weg gehen, den ich, wie ich glaube, als den loyalsten vorgeschlagen habe und der mir auch als der aussichtsreichste erscheint, aussichtsreich im Sinne einer bestmöglichen Förderung unserer Staatstheater, auf die wir wohl alle zielen und streben, und für die Staatstheater, auf die wir als Sachsen immer noch gern so stolz wie möglich sein möchten (Abg. Dr. Eberle: Möchten!).

Abg. **Güttler** (Soz.): Meine Fraktion will sich diesmal bei der Beratung des Kap. 68 nur auf einige grundsätzliche Bemerkungen beschränken. Es sei demzufolge vorweg bemerkt: ob man die künstlerische Zielsetzung bei den Staatstheatern freudig und umfassend bräut oder der Spielhaltung kritisch ablehnend gegenübersteht, in einer Erkenntnis werden sich wahrscheinlich die Fraktionen des gesamten Hauses klar sein, nämlich darüber, daß die Zuschüsse an der Grenze der finanziellen Verantwortung liegen. Bei aller Würdigung der hohen kulturellen Bedeutung und der historischen Tradition der sächsischen Staatstheater muß doch endlich dieser Zuschußwirtschaft Einhalt geboten werden. Von Jahr zu Jahr sind die Zuschüsse sprunghaft gestiegen. In der Zeit von 1926 bis 1929 ist der Zuschuß um rund 660.000 RM., also von 1.094.000 RM. im Rechnungsjahr 1926 auf 1.755.000 RM. im Jahre 1929, gestiegen, und es ist wirklich keine billige Redensart, wenn ich betone, daß bei der Bewilligung dieses Kapitels jedes Mitglied dieses hohen Hauses eine schwere Verantwortung auf sich nimmt. Ich werde da an eine alte Anekdote erinnert. Der bekannte Lustspielbichter Käberer, ein alter Theaterhase, pflegte immer, wenn er am Dresdner Opernhaus vorbeiging, den Hut abzunehmen, und als er darauf von einem Freunde auf dieses komische und kuriose Gebaren aufmerksam gemacht und gefragt wurde, weshalb er immer gerade beim Opernhaus den Hut abnehme, da antwortete er: In diesem Haus wird so viel Geld zum

(Fortsetzung in der Beilage).